

PRESSEINFORMATION 45/2024

Report Unternehmensnachfolge 2024

Aktuelle IHK-Zahlen für Baden-Württemberg: Unternehmensnachfolge bleibt eine der größten Herausforderungen

Stuttgart, 02. Juli 2024 – In den nächsten fünf Jahren stehen bundesweit mehr als 250.000 Unternehmen mangels Nachfolge vor dem Aus. Die Lage in Baden-Württemberg ist weiterhin angespannt und bleibt auf dem Tiefststand-Niveau, das vergangenes Jahr erstmals erreicht wurde. Wie der aktuelle DIHK-Report Unternehmensnachfolge zeigt, wird es für Unternehmen immer schwieriger, eine Nachfolgeregelung zu finden. Einer der Gründe ist die demografische Entwicklung.

Laut DIHK-Umfrage kommen bundesweit drei nachfolgesuchende Unternehmen auf einen Interessenten. Besonders alarmierend ist die Lage aber in Baden-Württemberg, denn hier ist das Verhältnis unverändert fünf zu eins. „Das wird enorme Folgen für die baden-württembergische Wirtschaft haben. Die Bedeutung der Unternehmensnachfolge erstreckt sich über verschiedene Dimensionen der Gesamtwirtschaft: Eine erfolgreiche Nachfolge sichert nicht nur das Unternehmen, sondern auch dessen Beitrag zur regionalen Wirtschaft, sei es durch Steuereinnahmen, die Unterstützung lokaler Wertschöpfungsketten, den Erhalt von Ausbildungsplätzen oder soziales Engagement“, verdeutlicht Elke Döring, Hauptgeschäftsführerin der IHK Heilbronn-Franken, die im Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) für den Bereich Gewerbeförderung federführend ist.

Demografie trifft auf günstigen Arbeitsmarkt für Fachkräfte und ungünstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die geburtenstarken Unternehmergenerationen der 50er und 60er Jahre treten zunehmend in den Ruhestand. Aufgrund der demografischen Entwicklung stehen den ausscheidenden Unternehmerinnen und Unternehmer immer weniger jüngere gründungsstarke Generationen gegenüber. Verschärft wird die wachsende Nachfolgelücke durch die günstige Arbeitsmarktsituation für qualifizierte Fach- und Führungskräfte.

Hinzu kommen ungünstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die durch ein hohes Preisniveau im Energiesektor, deutliche Preissteigerungen bei Roh- und Grundstoffen sowie Lieferengpässe gekennzeichnet sind. Die umfangreiche Bürokratie – und die damit verbundene

Regulierungsdichte – ist ein Hemmschuh für Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen.

Gewaltige Herausforderungen – entschlossenes und zeitnahes Handeln notwendig

Die Herausforderung, das Blatt zum Besseren zu wenden, ist gewaltig: In Baden-Württemberg stehen bis 2026 rund 27.000 Unternehmen zur Nachfolge an. „Werden keine Fortführenden gefunden, droht diesen Unternehmen in letzter Konsequenz die Schließung. Besorgniserregend ist, dass 28 Prozent der Unternehmerinnen und Unternehmer, bei denen eine Nachfolge ansteht, selbst eine Schließung in Erwägung ziehen. Der Beratungsbedarf ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Ein Beratungsförderprogramm des Landes für Übergeber ist daher dringend erforderlich. Ein entschlossenes und zeitnahes Handeln der Politik ist unerlässlich“, betont Elke Döring. So müssten, neben passender Förderung, die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen attraktiver und verlässlicher gestaltet werden, um die Option der Nachfolgegründung attraktiver zu machen. Dazu seien unter anderem digitale und schlanke Antrags- und Bewilligungsverfahren sicherzustellen und der Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten zu erleichtern.

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIHK | FF Gewerbeförderung
IHK Heilbronn-Franken
Andreas Lukesch
Telefon 07131 9677-106
E-Mail: andreas.lukesch@heilbronn.ihk.de

Interessiert an dieser und weiterer Pressemeldungen? Mehr finden Sie [hier](#).

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von weit mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.